

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 09.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-W Europawahlprogramm (Kapitel 2)

1 Jede*r Europäer*in soll sich frei entfalten können. Niemand wird zurückgelassen. Es geht
2 fair und gerecht zu. Diesen Anspruch haben wir an Europa. Alles in allem hat die Europäische
3 Union den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert. Aber Anspruch und Wirklichkeit passen
4 nicht zusammen. Die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Nord und Süd,
5 Ost und West, klaffen auseinander. Genauso innerhalb der einzelnen Länder. Und die
6 ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu
7 organisieren. Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander auszuspielen, und
8 die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die niedrigsten Löhne geraten.
9 Oder wenn Unternehmen und Vermögende sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen mehr und
10 mehr entziehen oder erst gar nicht stellen. Diese Situation wird nun noch verschärft, weil
11 die Digitalisierung die Art, wie wir leben und arbeiten, radikal verändern wird.

12 In den letzten Jahren und Jahrzehnten war in der Europäischen Union sowie in vielen
13 Mitgliedstaaten die Auffassung vorherrschend, dass die Ökonomie Vorrang vor dem Politischen
14 hat, dass Regeln und Eingriffe in den freien Markt schädlich sind, dass es nur vom Willen
15 und Vermögen des Einzelnen abhängt, ob sie oder er glücklich wird. Diese Auffassung war
16 blind für die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die unsere Leben prägen und die es einigen
17 schwerer und anderen leichter machen. In der Folge ist die Schere zwischen Arm und Reich
18 weit auseinandergesprungen. Vor allem die einseitige Sparpolitik während der Eurokrise hat in
19 einigen Ländern eine ganze Generation ihrer Zukunft beraubt und die Europäische Union
20 gespalten. Das ist ein ökonomisches, ein soziales Problem und ein demokratisches Problem: Zu
21 viele leben in Armut, zu viele sind verunsichert, wenden sich enttäuscht ab, verabschieden
22 sich aus der Gesellschaft.

23 Wenn wir diese Probleme lösen und mehr Sicherheit, Perspektive und Vertrauen geben wollen,
24 müssen wir europäisch handeln. Denn angesichts der globalen Herausforderungen, angesichts
25 der international agierenden Konzerne, die Unternehmenssitze und Produktionen je nach
26 Steuer- und Lohnhöhe verlagern können, stoßen die Nationalstaaten an ihre Grenzen. Aber ein
27 solidarisches Europa als gemeinsamer Wirtschaftsraum kann ihnen Paroli bieten und einen
28 Rahmen setzen.

29 Für eine europäische Politik brauchen wir aber einen anderen Geist: Politik muss wieder das
30 Heft des Handelns aufnehmen und wir müssen für Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit für
31 alle kämpfen. Es gilt, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Nicht mehr ein Europa des
32 Sparzwangs und der Neiddebatten, sondern eines, das in die Zukunft seiner Bürgerinnen und
33 Bürger investiert. Die Europäische Union soll europäische öffentliche Güter, die für alle da
34 sind, wie Klimaschutz, innere und äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung, eine
35 europäische Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, schaffen und durch
36 gemeinsame Steuern solidarisch und gerecht finanzieren.

37 Wenn die EU Steuerdumping entschlossen bekämpft, kann es dafür sorgen, dass auch die großen
38 Unternehmen und alle Vermögenden ihren gerechten Beitrag zum Solidarsystem leisten. Eine

39 krisenfeste und prosperierende Währungsunion sehen wir als Grundpfeiler einer starken und
40 solidarischen europäischen Gemeinschaft. Daher möchten wir die Währungsunion so
41 weiterentwickeln, dass weitere Krisen vermieden werden können und im Falle einer Krise
42 trotzdem die nötigen Instrumente zur Stabilisierung der Wirtschaft einsatzbereit sind. Wir
43 dürfen nicht wieder in eine Situation kommen, in der alleine die Europäische Zentralbank
44 ihrer Verantwortung für die Stabilisierung der Wirtschaft nachkommt.

45 Der Binnenmarkt soll so ausgestaltet werden dass er die Rechte von Umwelt, Verbrauchern und
46 Arbeitnehmer*innen umfassend schützt.

47 Europäischer Zusammenhalt heißt, allen Menschen in der EU soziale Rechte zu garantieren, sie
48 überall durchzusetzen und einklagbar zu machen. Gerade Jugendliche brauchen eine
49 Perspektive. Alle Menschen in der EU müssen sich auf faire Löhne und Arbeitsbedingungen, auf
50 einen Schutz vor Armut und Ausbeutung verlassen können. Gerade auch, wenn sie in
51 unterschiedlichen Ländern leben und arbeiten. Durch die Einrichtung von
52 Sonderwirtschaftszonen wird dieses Ziel konterkariert.

53 **2.1 EU-Haushalt neu aufstellen**

54 Europa muss in allen Mitgliedstaaten spürbar sein. Aber Europa gibt es nicht umsonst. Daher
55 ist für uns klar: Je mehr Aufgaben wir auf die Ebene der Europäischen Union verlagern, umso
56 mehr Mittel müssen auch bereitgestellt werden.

57 Statt sich um die großen Zukunftsaufgaben zu kümmern, achten die nationalen Regierungen im
58 Wesentlichen darauf, dass sie den Anteil ihres Landes am gemeinsamen Budget wieder
59 zurückerstattet bekommen.

60 Dabei bieten gemeinsame Projekte, gemeinsame Beschaffung oder das Zusammenlegen von 28
61 Behörden auch erhebliche Einsparpotentiale. Wir sprechen uns dafür aus, den EU Haushalt
62 deutlich zu vergrößern, damit zum Beispiel die Sozial- oder Energieunion adäquat finanziert
63 werden und automatische Stabilisatoren die Wirtschafts- und Währungsunion gegen Krisen
64 absichern. Wir fordern einen EU-Haushalt in Höhe von 1,3 Prozent des europäischen
65 Bruttoinlandsprodukts, damit die Europäische Union die ihr bereits heute übertragenen
66 Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Wenn die europäische Ebene nach und nach mehr
67 Verantwortung übernehmen soll, dann muss das Volumen des EU-Finanzrahmens entsprechend mit
68 den zu erfüllenden Aufgaben wachsen. In dem Maße, wie die EU eigene
69 Einnahmequellenerschließt, reduzieren sich die nationalen Beiträge.

70 Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU sollte an die Legislaturperiode des Europäischen
71 Parlaments angeglichen werden und nicht länger davon unabhängig in 7-Jahres-Zyklen
72 verabschiedet werden. Wir wollen die gesamten Einnahmen und Ausgaben des Mehrjährigen
73 Finanzrahmens an übergeordneten Politikzielen und internationalen Vereinbarungen ausrichten
74 wie den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser
75 Klimaabkommen. Mit einem verpflichtenden Nachhaltigkeits-Check wollen wir anhand von fest
76 definierten Nachhaltigkeitskriterien die einzelnen Haushaltslinien darauf hin prüfen, ob sie
77 einen Beitrag dazu leisten, diese Ziele zu erreichen. Ein erheblicher Teil des EU-Haushaltes
78 muss für die aktive Bekämpfung der Klimakatastrophe reserviert werden und darf nicht in
79 fossile Energien fließen.

80 Ab 2021 wird Großbritannien nicht mehr in den EU-Haushalt einzahlen. Die dadurch entstehende
81 Gesamtlücke im EU-Haushalt in Höhe von mindestens 12 Milliarden Euro muss geschlossen
82 werden. Auch Deutschland muss dafür seinen Anteil am EU-Budget angemessen erhöhen.

83 Heute wird das Geld der EU oftmals falsch ausgegeben. So bildet im jetzigen EU-Haushalt die
84 Gemeinsame Agrarpolitik der EU den zweitgrößten Posten. Diese wird aber der Anforderung,
85 eine nachhaltige, klimaschonende und für die Bäuer*innen auskömmliche Landwirtschaft und

86 damit lebenswerte ländliche Regionen zu fördern, nicht gerecht, weil sie die
87 Industrialisierung der Landwirtschaft und damit die Überproduktion besser vergütet. Die
88 Agrargelder sollen konsequent nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“
89 auf Klimaanpassung, Umweltschutz und Tierwohl umgestellt werden.

90 Wir wollen, dass die EU strukturschwache Regionen und die Entwicklung ländlicher Regionen
91 auch in Zukunft unterstützt. Ärmere Regionen wollen wir besonders fördern, um die
92 Lebensverhältnisse der Menschen in Europa einander anzunähern. EU-Mittel wollen wir
93 gezielter dort einsetzen, wo Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen
94 europäische Unterstützung brauchen. Für eine geschlechtergerechte Verteilung der
95 Finanzmittel soll in Zukunft Gender Budgeting eingesetzt werden. Außerdem wollen wir die
96 Vergabe öffentlicher Aufträge vereinfachen, gerade für Kommunen und für kleinere Projekte.

97 *Eigene Einnahmen stärken die EU*

98 Mit Steuern kann man steuern – und das sollten wir auch auf EU-Ebene tun, statt einfach
99 jeden Mitgliedstaat einen Scheck nach Brüssel schicken zu lassen. Wer eine starke Union
100 will, muss ihr auch eigene Einnahmen geben.

101 Die Europäische Union soll dort besteuern, wo es eine faire Besteuerung besser sicherstellen
102 kann als die Mitgliedstaaten. Dies betrifft die Besteuerung von international tätigen
103 Unternehmen, deren Wertschöpfung häufig immateriell ist und sich keinem Land zuordnen lässt.
104 So schaffen es diese Unternehmen oft, sich der Besteuerung ganz zu entziehen. Wir wollen
105 eine am Umsatz orientierte europäische Digitalsteuer rasch einführen, um das Steuerdumping
106 digitaler Konzerne zu unterbinden.

107 In Zukunft muss die Unternehmensbesteuerung dann alle Branchen und Unternehmen erfassen. Wir
108 brauchen in einem ersten Schritt eine europaweit einheitliche konsolidierte
109 Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen und im zweiten Schritt eine
110 einheitliche europäische Unternehmensteuer inklusive fairer Mindeststeuersätze, die für alle
111 Unternehmen gleichermaßen gilt. Einen Anteil dieser Unternehmenssteuern wollen wir den
112 europäischen Bürger*innen zugutekommen lassen, denn Unternehmen erwirtschaften einen Teil
113 ihrer Gewinne nur dank des europäischen Binnenmarkts. So schützen wir auch junge digitale
114 Start-ups wie auch die lokal verwurzelte Wirtschaft vor unlauterem Wettbewerb der IT-Riesen.

115 Um Steuerflucht durch Gewinnverlagerung in Steuersümpfe außerhalb der EU zu vermeiden,
116 müssen wir darauf hinarbeiten mit den wichtigsten Handelspartnern der EU die
117 Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer gemeinsam zu konsolidieren. Sollte dies
118 nicht gelingen, müssen auch unilaterale Unternehmenssteuersysteme der EU in Betracht gezogen
119 werden, die sich nicht umgehen lassen.

120 Auch CO₂, Plastik und den spekulativen Handel mit Finanzprodukten können wir leichter in
121 Europa besteuern und damit gleichzeitig die Einnahmen der Union verbessern. Mit der
122 Finanztransaktionssteuer beteiligen wir Spekulanten an der Finanzierung des europäischen
123 Gemeinwesens, und wir beschränken den sinnlosen und gefährlichen Hochfrequenzhandel, der
124 solide Unternehmen und unsere Altersvorsorge bedroht.

125 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 126 • einen leistungsfähigen EU-Haushalt für gemeinsame Aufgaben,
- 127 • starke eigene Einnahmen für eine handlungsfähige Union,
- 128 • eine Beteiligung des Finanzsektors und der digitalen Wirtschaft an der Finanzierung
129 öffentlicher Aufgaben.
- 130 • die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

131 2.2. In Europas Zukunft investieren

132 Die schwere Wirtschaftskrise Europas ist noch immer nicht vorbei. Ihre Folgen bestimmen nach
133 wie vor den Alltag vieler Menschen. Mehr als 15 Millionen Europäer*innen sind arbeitslos.
134 In Italien, Spanien und Griechenland finden vor allem viele Jugendliche keinen Job. Das
135 Leben einer ganzen Generation wird von Arbeits- und Perspektivlosigkeit geprägt.

136 Der harte Sparkurs als Konsequenz aus der Finanz- und Eurokrise hat die Lebensbedingungen
137 vieler Menschen massiv verschlechtert, die Krise in vielen Ländern verlängert und vertieft
138 und das Vertrauen in die EU unterminiert. Wir haben diese einseitige Sparpolitik,
139 vorangetrieben von Merkel und den europäischen Konservativen, immer abgelehnt. Nun ist es
140 Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel.

141 Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren, vor allem in Klimaschutz, Erneuerbare
142 Energien, alternative Verkehrskonzepte und die ökologische Landwirtschaft. Wir Grüne denken
143 Klimaschutz, Gerechtigkeit und Freiheit in Europa zusammen. Sozial-, und
144 wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen mit der ökologischen Modernisierung der
145 Industriegesellschaft verbunden werden. Unser Konzept des Green New Deal wollen wir dafür
146 weiterentwickeln, mit einem eigenen Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert.
147 Neue Investitionen zum Beispiel in Klimaschutz, öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung
148 schaffen Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektive für viele Menschen in Europa Das ist
149 die Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität auch in der Zukunft.

150 Durch die Finanz- und Eurokrise sind sowohl öffentliche als auch private Investitionen stark
151 zurückgegangen. Bei den öffentlichen Investitionen haben wir in Europa noch nicht einmal das
152 Vorkrisenniveau wieder erreicht. Es ist ein Investitionsstau von erheblichem Umfang
153 entstanden. Auch die EU2020-Ziele sind noch lange nicht erreicht. So fehlen allein bei den
154 Ausgaben für Forschung und Entwicklung noch über 100 Milliarden Euro jährlich. Wir brauchen
155 ein soziales Europa, das die soziale Sicherheit erhöht und Abstiegsängste mindert. Dazu
156 brauchen wir europäische Investitionen, die überall in Europa wirken und insbesondere den
157 Menschen in den strukturschwachen Regionen neue Perspektiven eröffnen und sie vor neuen
158 Krisen schützen. Um den Investitionsstau aufzulösen, müssen wir die Rahmenbedingungen für
159 nationale Ausgaben so gestalten, dass notwendige und nachhaltige öffentliche Investitionen
160 stärker möglich sind. Die Europäische Kommission hat hier in den letzten Jahren
161 richtigerweise die Spielräume für solche Investitionen erweitert. Darüber hinaus wollen wir,
162 dass die Anreize für staatliche Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts
163 verbessert werden, z.B. indem Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten
164 ähnlich wie private Investitionen über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit
165 stärken wir öffentliche Investitionen gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs.

166 Auch die privaten Investitionen sind zu niedrig und müssen gesteigert werden. Die
167 Europäische Investitionsbank leistet hier gute Arbeit bei der Finanzierung von kleinen
168 Unternehmen und Start-ups in Europa. Wir wollen sie weiter stärken. Der Europäische
169 Investitionsfonds für strategische Investitionen wurde vorübergehend zur Krisenbewältigung
170 geschaffen. Wir wollen ihn dauerhaft fortführen, anstatt ihn, wie ursprünglich geplant, 2020
171 zu beenden. Allerdings muss er sich neu ausrichten. Bislang wurden Mittel aus anderen
172 bewährten Programmen abgezogen. Das Geld kam häufig nicht dort an, wo es am nötigsten
173 gebraucht wird. Finanzierte Projekte waren nicht zusätzlich, sondern wären auch ohne EFSI
174 zustande gekommen. Zahlreiche Investitionen waren nicht nachhaltig im Sinne der Ziele für
175 eine nachhaltige Entwicklung der UN. Wir wollen, dass alle geförderten Investitionen
176 zusätzlich sind und sich strikt an Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft
177 ausrichten. Die Mitgliedstaaten sollen das Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank
178 erhöhen, damit diese den Fonds weiterführen kann.

179 Klimaschutz, der Ausbau erneuerbarer Energien, innere wie äußere Sicherheit,
180 Finanzstabilität, Forschung in nachhaltige Zukunftstechnologien, eine europäische
181 Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, soziale Absicherung – dies sind
182 europäische Gemeingüter, in die wir auch europäisch investieren wollen. So können wir die
183 Energiewende in ganz Europa nur dann vorantreiben und das Klima schützen, wenn wir in die
184 Vernetzung der bestehenden Stromnetze investieren und ein europäisches Netz schaffen. Denn
185 nur so kann Windenergie von den Niederlanden nach Österreich und Solarenergie von Spanien
186 nach Polen transportiert werden.

187 Europa soll verbinden. An der Grenze aber endet die Bahnfahrt manchmal abrupt oder es wird
188 kompliziert. Mit einem europäischen Bahnnetz verbinden wir die Menschen von Neapel bis
189 Tallinn. Während das Internet weltweit läuft, wird in Europa die digitale Infrastruktur des
190 21. Jahrhunderts noch immer in nationalen Grenzen geplant und gebaut. Das ist
191 anachronistisch. Wir wollen in der ganzen Europäischen Union schnelles Internet schaffen.
192 Und bei der Forschung zu neuen Technologien wie zum Beispiel der künstlichen Intelligenz
193 können wir nur gemeinsam erfolgreich sein.

194 Die innere Sicherheit Europas lässt sich am besten gemeinsam gewährleisten. Das spart
195 langfristig auch viel Geld.

196 *Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen*

197 Jugendliche brauchen überall in Europa eine Perspektive. Die arbeitslosen Jugendlichen in
198 Griechenland, Spanien und Italien sind auch unsere Arbeitslosen. Wir wollen eine große
199 Offensive für die Zukunft der europäischen Jugend.

200 In der Theorie gibt es bereits eine europäische Jugendgarantie, die allen jungen Menschen
201 unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre
202 Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Arbeitsplatz,
203 eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zusichert. Aber sie muss auch
204 funktionieren und darf nicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Deswegen wollen wir
205 die Jugendgarantie zu einem dauerhaften und besser finanzierten Instrument weiter
206 entwickeln. Die Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote müssen von hoher Qualität und
207 auskömmlich finanziert sein, beispielsweise angelehnt an die duale Ausbildung in
208 Deutschland, insbesondere in Zukunftsbranchen wie dem Klima- und Umweltschutz. Wir fordern
209 klare Qualitätsstandards bspw. in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Befristungen.
210 Junge Menschen dürfen durch die Jugendgarantie nicht zum schönen Schein in unsicheren,
211 befristeten Beschäftigungsverhältnissen oder unbezahlten Praktika geparkt werden.

212 Gerade junge Menschen sind oft in besonders starkem Maße von prekären
213 Beschäftigungsverhältnissen und den Schlupflöchern bei bestehenden Mindestlohnregelungen
214 betroffen. Europa muss auch jungen Menschen soziale Sicherheit bieten. Wir wollen der
215 Ausbeutung in Praktikums- und Ausbildungsverhältnissen entgegenwirken. Deshalb setzen wir
216 uns dafür ein, dass alle, die im Rahmen ihrer Ausbildung Betriebspraktika ableisten, Teile
217 ihrer Ausbildung im Betrieb verbringen (wie beispielsweise in dualen Ausbildungen) oder
218 gerade am Anfang ihrer Berufstätigkeit stehen, fair entlohnt werden. Berufliche Ausbildung
219 darf nichts sein, was man sich leisten können muss. Außerdem führen gerade unbezahlte
220 Praktika häufig dazu, dass junge Menschen als kostenlose Arbeitskraft missbraucht werden.
221 Darum fordern wir, dass Praktika verpflichtend entlohnt werden.

222 Dazu gehört auch ein Programm der Europäischen Investitionsbank für zukunftsfähige Start-
223 ups, die überall in Europa von jungen Gründerinnen und Gründern auf den Weg gebracht werden,
224 dabei soll Geschlechtergerechtigkeit als Vergabekriterium verankert werden und insbesondere
225 Gründerinnen gefördert werden. Denn Länder mit leeren Kassen und Zombie-Banken können die
226 Jugendgarantie nicht mit Leben füllen. Viele Jugendliche haben in ihren Heimatländern

227 derzeit oft keine Chance auf eine Arbeit. Die EU soll ihnen dabei helfen, eine Ausbildung
228 oder einen Arbeitsplatz in einem anderen europäischen Land zu finden, wenn sie dies
229 wünschen.

230 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 231 • Investitionen in Europas Infrastruktur, Klimaschutz, erneuerbare Energie und
232 emissionsfreie Mobilität,
- 233 • Stärkung von Gründerinnen und Gründern,
- 234 • Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.
- 235 • Ausbildung und Praktika mit fairer Bezahlung

236 **2.3 Die Eurozone vor künftigen Krisen schützen**

237 Der Euro ist unsere gemeinsame Währung. Er wurde eingeführt, um Wohlstand zu schaffen und
238 dazu beizutragen, dass Europa noch enger zusammenwächst. Auch in unserem Alltag. Vieles
239 davon hat der Euro bereits eingelöst. Wo er versagt hat, liegt das an den
240 Konstruktionsfehlern der Währungsunion. Wir stehen zum Euro, doch wir wollen die
241 Währungsunion besser machen. Gerade die deutsche Bundesregierung hat das immer wieder
242 verhindert. Wir wollen die Zeit der Flickschusterei überwinden und einen Euro schaffen, der
243 die Europäer*innen zusammenführt.

244 Dieses Versprechen wurde in der Vergangenheit zu oft nicht eingelöst. Mit einer harten und
245 übertriebenen Sparpolitik wurden Finanz- und Eurokrise unnötig verlängert. Gleichzeitig
246 haben sich die Staats- und Regierungschef*innen, und allen voran die Bundesregierung, einen
247 schlanken Fuß gemacht und viel zu sehr auf die Europäische Zentralbank vertraut, die mit
248 niedrigen Zinsen und weitreichenden Maßnahmen die Kohlen aus dem Feuer holen musste. Das
249 darf nicht so bleiben.

250 Denn ein Exportland wie Deutschland, das am meisten vom Euro profitiert und in dem Millionen
251 von Arbeitsplätzen von einer stabilen Währung abhängig sind, kann sich nicht damit zufrieden
252 geben, wenn wir einen Haushalt mit schwarzer Null vorlegen, anderswo aber die
253 Jugendarbeitslosigkeit steigt. Es liegt in unserem eigenen Interesse, dass sich alle
254 Mitgliedstaaten gut entwickeln und jungen Menschen eine Zukunftsperspektive bieten.

255 Das schließt ein, mehr als bisher auf Zusammenhalt und Solidarität in der Eurozone zu
256 setzen. Eine stabile und demokratische Währungsunion hat drei wesentliche Elemente: Erstens
257 müssen wir in europäische Gemeingüter investieren und durch ihre Finanzierung
258 wirtschaftlichen Krisen entgegenwirken. Zweitens wollen wir die Bankenunion vollenden, damit
259 einige verantwortungslose Banken nie wieder die ganze Währung gefährden können. Und drittens
260 wollen wir die wichtigen Entscheidungen aus den Hinterzimmern holen und demokratischer
261 Kontrolle unterwerfen.

262 *Euro stabilisieren*

263 Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro
264 übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich. Dafür
265 braucht es eine gemeinsame Haushaltspolitik in der Eurozone und der EU, da die Krise gezeigt
266 hat, dass nationale Fiskalpolitik alleine zu Schiefen und unnötig langen Krisen führt –
267 selbst bei Mitgliedstaaten, die sich wie Spanien und Irland immer an die Regeln hielten.
268 Außerdem braucht es ein Instrument, das im Abschwung die Abwärtsdynamik abfedert. In seiner
269 heutigen Form kann der EU-Haushalt diese Funktion eines automatischen Stabilisators in einer
270 Konjunkturkrise aber nicht erfüllen. Wir möchten dafür die Instrumente schaffen bevor es zu
271 einer Krise kommt. Deshalb schaffen wir einen eigenen Haushalt für den Euro, der

272 stabilisiert und investiert. Dieser Haushalt ist für alle Länder der Eurozone gedacht und
273 für alle anderen EU-Mitgliedsländer offen. Wer sich über die Bekämpfung von Steuerbetrug und
274 einer gemeinsamen Körperschaftssteuer an den Einnahmen des Haushalts beteiligt, macht mit.
275 Der eigene Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert, sollte im Rahmen der EU-
276 Finanzen verankert sein, so dass das europäische Parlament bei der Aufstellung und Kontrolle
277 gleichberechtigt mitentscheidet.

278 Kernaufgabe des Haushalts für den Euro ist die Finanzierung von Europäischen Gemeingütern
279 und Investitionen. Er speist sich aus konjunkturabhängigen Einnahmen wie einer gemeinsamen
280 Unternehmensteuer sowie dem Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerhinterziehung.
281 Dadurch wirkt er stabilisierend. Die Mitgliedstaaten werden im Abschwung entlastet, da sie
282 dann weniger einzahlen müssen, profitieren aber trotzdem von den Ausgaben. Das ist gelebte
283 europäische Solidarität und stabilisiert die gesamte EU. Um die entsprechende Wirkung zu
284 entfalten, bedarf es einer relevanten Größenordnung. Wir streben daher mittelfristig einen
285 Umfang von mindestens 1% des gemeinsamen BIP an. Der Umfang muss über die Zeit und mit den
286 dorthin übertragenen Aufgaben nach und nach größer werden. Dabei handelt es sich nicht um
287 neue Aufgaben, die durch zusätzliche Steuern finanziert werden, sondern um eine Verlagerung
288 der Finanzierung von solchen Gemeingütern und Investitionen in die ökologische und soziale
289 Modernisierung, die auf europäischer Ebene effektiver durchgeführt werden können.

290 Unser Ziel ist, dass perspektivisch alle EU-Mitgliedstaaten von der Funktion eines
291 automatischen Stabilisators profitieren können. Der eigene Haushalt für den Euro, der
292 stabilisiert und investiert, ist für uns nur eine Zwischenlösung, um in Richtung eines
293 stärker EU-eigenfinanzierten EU-Haushalts zu gelangen, der die EU noch stärker zu einer
294 politischen und sozialen Union macht. Der Weg dahin ist wegen des Einstimmigkeitsprinzips
295 schwer und lang. Deswegen gehen wir mit dem eigenen Haushalt für den Euro, der stabilisiert
296 und investiert, den ersten Schritt mit denjenigen, die bereit sind mitzumachen. Wir
297 erwarten, dass durch die Sogwirkung der gemeinsam finanzierten öffentlichen Güter sich auch
298 die heutigen Nichteuroländer diesem Instrument schnell anschließen, indem sie sich dem
299 gemeinsamen Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerbetrug anschließen und sich an
300 der gemeinsame Unternehmenssteuer beteiligen. Wir befürworten eine Euro-Heranzugshilfe
301 für Nicht-Euro-Staaten zur Unterstützung von Reformen. Alle den Euro betreffenden
302 Entscheidungen haben auch unmittelbare Auswirkungen auf Nicht-Eurostaaten. Deshalb müssen
303 neue Instrumente für alle EU-Staaten konzipiert sein oder Nicht-Eurostaaten zur Teilnahme an
304 weiteren Reformen ermutigen.

305 Auf- und Abschwung verteilen sich über die Mitgliedstaaten unterschiedlich. Um diese
306 unterschiedlichen Auswirkungen auszugleichen, reichen nationale und geldpolitische Maßnahmen
307 nicht aus. Europa braucht neue Strukturen, um mit diesen Schiefen künftiger besser umgehen
308 zu können. Der oben beschriebene Haushalt für den Euro ist dafür das beste Instrument und
309 wir fordern dies als ersten Schritt.

310 Eine europäische Arbeitslosenversicherung würde die ausgleichende und stabilisierende
311 Wirkung des Haushalts für den Euro noch verstärken. Wir wollen daher als zweiten Schritt
312 eine Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherungen einführen. Wir setzen uns
313 des Weiteren für eine Europäische Basis-Arbeitslosenversicherung ein, die durch die
314 nationalen Sicherungssysteme ergänzt werden soll. Wir sind uns aber bewusst, dass die
315 Einführung einer solchen Europäischen Arbeitslosenversicherung eher ein mittelfristiges
316 Projekt ist.

317 In der Eurokrise hat der Internationale Währungsfonds im Rahmen der sogenannten Troika stark
318 eingegriffen. Die Troika hat umfassende Anpassungsprogramme in den Programmländern
319 durchgedrückt, mit starken sozialen Verwerfungen. Das Handeln der Troika hat in vielen
320 Programmländern das Vertrauen in die europäische Demokratie beschädigt. Deswegen wollen wir,

321 dass Europa seine Krisen künftig alleine, nach eigenen Regeln, demokratischer und
322 transparenter löst. Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen
323 vollwertigen Europäischen Währungsfonds (EWF) überführen und ihn im EU-Recht verankern,
324 kontrolliert durch das Europaparlament und die nationalen Parlamente. Das Europäische
325 Parlament soll das Recht auf Information, Kontrolle und Miternennung der Direktorin bzw. des
326 Direktors des Europäischen Währungsfonds erhalten. Die Entscheidungen über längerfristige
327 Kredite aus dem Europäischen Währungsfonds würden aber trotzdem weiterhin bei den nationalen
328 Parlamenten liegen, solange das Geld dafür auch aus den nationalen Haushalten kommt. Um zu
329 verhindern, dass ein Land plötzlich durch Spekulationen in eine tiefe Krise schlittert,
330 braucht der EWF zusätzlich eine Möglichkeit zur schnellen Reaktion. Dafür soll er
331 kurzfristig Kredite bereitstellen können, die bereits vor einer möglichen Krise präventiv
332 wirken. Diese präventiven Kredite schützen Mitgliedstaaten davor, Opfer rein
333 finanzmarktgetriebener Effekte zu werden. Eingriffe in die wirtschaftspolitische
334 Souveränität der Mitgliedstaaten sind hierfür nicht erforderlich. Im Falle einer Krise darf
335 es nicht wieder zu einer massiven Sparpolitik kommen, die ein Land in die soziale Krise
336 stürzt und die Wirtschaftsleistung abwürgt. Neben Auflagen zur Modernisierung der Strukturen
337 muss die Kreditvergabe an ein Land in Not diese Grundsätze beachten. Das Kaputtsparen ganzer
338 Volkswirtschaften lehnen wir ab.

339 Hohe Staatsschulden, das Risiko steigender Zinslasten und unverantwortliche
340 Regierungspolitik sind ein großes Risiko für die Stabilität unserer Währung. Alle Euroländer
341 brauchen daher verlässlichen Zugang zu niedrigen Zinsen und starke Anreize zu soliden
342 Staatsfinanzen. Der Konflikt zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission
343 zeigt, wie hoch das Risiko durch einseitige nationale Finanzpolitik einzelner Länder für den
344 Euro insgesamt ist. Daher wollen wir, ähnlich wie ursprünglich vom Sachverständigenrat
345 vorgeschlagen, einen Altschuldentilgungsfonds einrichten, in den die Altschulden eines
346 Landes eingebracht werden, die 60% des BIP übersteigen. Wer sich an die gemeinsam
347 vereinbarten europäischen Finanzregeln hält, soll im Gegenzug von niedrigen Zinsen für die
348 Abzahlung der Schulden im Altschuldentilgungsfonds profitieren. So vereinen wir europäische
349 Solidarität und Solidität.

350 *Probleme nicht zu Lasten der Gemeinschaft lösen*

351 Zu einem krisenfesten Euro gehört auch, dass sich alle Mitgliedstaaten an die gemeinsamen
352 Regeln halten, egal ob es um Haushaltsdefizite oder Leistungsbilanzüberschüsse geht. Die
353 deutsche Bundesregierung kritisiert gerne andere Länder, verstößt aber mit einem hohen
354 Leistungsbilanzüberschuss – das heißt, Deutschland exportiert mehr, als es importiert – seit
355 Jahren selbst gegen europäische Regeln. Leistungsbilanzungleichgewichte müssen effektiv
356 begrenzt werden, um der Entstehung möglicher Krisen frühzeitig vorzubeugen. Die
357 Sanktionierbarkeit von Defiziten und Leistungsüberschüssen muss einander angeglichen werden.

358 Das bedeutet, dass sich auch Überschussländer wie Deutschland aktiv an der Verminderung von
359 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten beteiligen müssen. Dies kann sowohl durch
360 Lohnsteigerungen als auch über erhöhte öffentliche und private Investitionen erfolgen. Damit
361 stärken wir den gemeinsamen Währungsraum, die Arbeitnehmer*innen in Deutschland und die
362 inländische Digital-, Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur

363 *Bankenunion vollenden für mehr Sicherheit*

364 Ein krisenfester Euro bedeutet auch, dass keine Bank mehr die Stabilität unserer gemeinsamen
365 Währung gefährden können darf. Mit der gemeinsamen Bankenaufsicht bei der Europäischen
366 Zentralbank, mit den neuen Abwicklungsregeln, die die Gläubiger der Banken jetzt endlich zur
367 Kasse bitten, und mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus ist der Einstieg in die
368 Bankenunion geschafft. Doch einige Elemente fehlen noch immer, damit die neuen Regeln
369 wirksam angewandt werden können.

370 Erstens dürfen Banken nicht mehr zu Lasten der Steuerzahler gerettet werden. Dafür braucht
371 der gemeinsame Abwicklungsfonds eine Letztsicherung über den europäischen Währungsfonds. So
372 wird verhindert, dass er sich im Krisenfall als zu klein erweist. Die Letztsicherung soll
373 als Kreditlinie gestaltet werden, die nach der Krise von den Banken zurückbezahlt wird. So
374 wird gewährleistet, dass nicht doch wieder die Steuerzahler einspringen müssen.

375 Zweitens muss ein Euro überall gleich sicher sein, egal ob er bei einer niederländischen
376 oder einer slowenischen Bank angelegt ist. Sonst verstärkt sich jede Krise selbst, weil
377 Kund*innen im Krisenfall um ihr Erspartes bangen müssen und ihr Geld abziehen. Deshalb
378 brauchen wir eine gemeinsame europäische Einlagensicherung. Sie soll als Rückversicherung
379 ausgestaltet sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale
380 überfordert ist. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf
381 ihre bewährten Instituttsicherungssysteme setzen.

382 Es ist richtig, uns in Europa gemeinsam gegen Risiken zu versichern, weil nur Europa das
383 überhaupt leisten kann. Allerdings müssen dafür auch die Risiken der Banken in allen
384 Euroländern abgebaut werden. Auch Staatsanleihen dürfen sich nicht länger nur in den Banken
385 des jeweiligen Landes konzentrieren. Sonst führt die Krise eines Landes immer zur Krise
386 seiner Banken. Die Regulierung der Banken als Konsequenz aus der Krise ist auch noch immer
387 nicht abgeschlossen. Wir setzen uns für die Erhöhung der risikoungewichteten
388 Eigenkapitalquoten auf 10 % ein. Bei den Banken muss eine feste Schuldenbremse („leverage
389 ratio“) gelten, damit sie ihre Risiken nicht künstlich kleinrechnen können. Außerdem sollen
390 Großbanken ihr Handelsgeschäft von ihrem Kredit- und Einlagengeschäft trennen.
391 Unterschiedliche Geschäftsmodelle wollen wir nach Risiko und Komplexität unterschiedlich
392 behandeln. Die Aufsicht über kleine Banken wollen wir entbürokratisieren, um sie im
393 Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Die ähnlichen, aber jeweils leicht unterschiedlichen
394 Regeln für Banken, Versicherungen und Fonds wollen wir in einem Europäischen
395 Finanzmarktgesetzbuch zusammenfassen und vereinfachen, um unfairen Wettbewerb zu verhindern.

396 *Europolitik raus aus den Hinterzimmern – rein ins Parlament!*

397 Die gemeinsame Währung ist so wichtig für alle Europäer, dass über sie demokratisch
398 entschieden werden muss. Das Europäische Parlament ist der Ort dafür. Keine wichtige
399 Weichenstellung sollte ohne seine Zustimmung erfolgen. Ausführendes Organ und Dreh- und
400 Angelpunkt der gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist und bleibt die vom Parlament legitimierte
401 Europäische Kommission. Wir wollen, dass die zuständige Kommissarin für Wirtschaft und
402 Finanzen auch Vorsitzende der Eurogruppe wird.

403 Mit dem Euro ist ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten im Moment Realität. Aber damit
404 wollen wir uns nicht abfinden. Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Mit dem
405 Vertrag von Lissabon haben sich alle EU-Mitgliedstaaten - bis auf Dänemark und
406 Großbritannien - zur Einführung des Euro verpflichtet, sobald sie die Euro-Kriterien
407 erfüllen. Bereits heute sind alle EU-Staaten über den EU-Binnenmarkt sehr eng miteinander
408 verflochten. Alle den Euro betreffenden Entscheidungen haben auch unmittelbare Auswirkungen
409 auf Nicht-Eurostaaten. Neue Instrumente sollten daher für alle Mitgliedstaaten konzipiert
410 sein und Nicht-Eurostaaten zur Teilnahme an weiteren Reformen ermutigt werden, so wie dies
411 etwa schon heute beim EU-Investitionsfonds (EFSI) oder der Bankenunion der Fall ist.

412 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 413 • einen krisenfesteren Euro und einen demokratisch kontrollierten Europäischen
414 Währungsfonds,
- 415 • ein Haushalt für den Euro zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben,
- 416 • die Vollendung der Bankenunion.

417 **2.4 Steuersümpfe austrocknen, Steuertricksern das Handwerk legen**

418 Unser europäisches Sozialmodell braucht eine ausreichende Finanzierung. Fehlt es den Staaten
419 an Steuereinnahmen, werden öffentliche Leistungen gekürzt und die Infrastruktur wird
420 vernachlässigt. Wir wollen, dass die Finanzierung gerecht ist: Starke Schultern sollen auch
421 mehr beitragen.

422 Der gemeinsame Binnenmarkt ist ohne Frage eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Doch er
423 lädt wegen seiner Lücken in der Steuerpolitik, die nach wie vor in der primären Hoheit der
424 Mitgliedstaaten liegt, zur Steuervermeidung ein: Große Unternehmen können derzeit überall in
425 Europa ihre Produkte verkaufen und gleichzeitig nur im Land mit den niedrigsten Steuern ihre
426 Gewinne versteuern. Damit verabschieden sich gerade große Unternehmen, die Rekordgewinne
427 erzielen, aus der gesellschaftlichen Solidarität. Das schädigt unser Gemeinwesen und alle
428 ehrlichen Steuerzahler*innen. Kleine und mittlere Unternehmen können ihre Gewinne nicht
429 verlagern und zahlen die vollen Steuern. Sie haben damit einen Nachteil im Wettbewerb mit
430 den Konzernen. Wir wollen deshalb, dass große Unternehmen genauso wie kleine
431 Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Dafür wollen
432 wir beherzt gegen Steuerdumping vorgehen.

433 *Steuerdumping beenden*

434 Einige Mitgliedstaaten haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, sich gegenüber dem Rest
435 der EU durch niedrige Steuersätze oder großzügige Ausnahmen attraktiv für Unternehmen zu
436 machen. Die Einzigen, die davon langfristig profitieren, sind internationale Unternehmen,
437 die damit ihre Renditen steigern. Die Steuervermeidung untergräbt das Fundament unserer
438 Wohlfahrtsstaatsmodelle in Europa. Denn die Praxis treibt indirekt Menschen in die Armut und
439 Staaten dazu, dass sie nicht in das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger investieren können.
440 Die Steuerbelastung verschiebt sich damit immer mehr zu denen, die sich ihr nicht entziehen
441 können: kleinen Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen. Wir wollen dieses
442 Geschäftsmodell beenden.

443 Die EU-Kommission hat – gerade unter dem Druck von uns Grünen – endlich damit begonnen,
444 individuelle Absprachen zwischen Mitgliedstaaten und Großunternehmen als illegale staatliche
445 Beihilfen zu verfolgen und auch zu ahnden. Das geht in die richtige Richtung. Aber das
446 reicht nicht: Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht so verändern, dass es zur scharfen
447 Waffe wird, mit der die EU-Kommission den zerstörerischen Steuerwettbewerb auf Kosten der
448 anderen Mitgliedstaaten bekämpfen kann.

449 Große Unternehmen verlagern zudem ihre Gewinne mit Buchungstricks in Niedrigsteuerländer.
450 Sie nutzen die gute Infrastruktur eines Landes, tragen aber nicht zu ihrer Finanzierung bei.
451 Damit sich aber der internationale Kaffeekonzern ebenso an der Finanzierung des Gemeinwesens
452 beteiligt, wie es heute schon der oder die Bäcker*in an der Ecke tut, müssen auf Zahlungen
453 von Zinsen und Lizenzgebühren innerhalb der EU wieder Quellensteuern erhoben werden. Dafür
454 ist die entsprechende EU-Richtlinie zu ändern. Dann lohnen sich solche Tricks für die
455 Unternehmen nicht mehr.

456 *Europäische Unternehmensmindeststeuer*

457 Wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden. Deshalb
458 ist eine einheitliche Unternehmensbesteuerung die logische Fortsetzung des Binnenmarktes.
459 Technisch gesehen wollen wir in einem ersten Schritt eine gemeinsame konsolidierte
460 Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen im Binnenmarkt.

461 Für die Unternehmen wäre das eine Vereinfachung. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen
462 führt ein einheitliches Steuerrecht dazu, dass sie leichter auch in anderen Mitgliedstaaten

463 tätig werden können. Es soll einen europäischen Mindeststeuersatz für alle
464 Unternehmensgewinne geben.

465 Im zweiten Schritt soll dann zeitnah die europäische Unternehmenssteuer folgen, damit es
466 endlich eine echte europäische Einnahmequelle gibt. Ein Teil der Einnahmen aus dem
467 Mindeststeuersatz soll direkt in den Haushalt fließen. Die Mitgliedstaaten können und sollen
468 Steuersätze festlegen, die über dem Mindeststeuersatz liegen. Die Einnahmen daraus fließen
469 in ihre nationalen bzw. kommunalen Haushalte. In Deutschland werden wir darauf achten, dass
470 diese Reform nicht zu Lasten von Städten und Gemeinden geht.

471 Längst überfällig ist, dass alle Großunternehmen öffentlich machen müssen, in welchem Land
472 sie ihre Umsätze machen, wo ihre Gewinne anfallen und wie viel Steuern sie darauf zahlen.
473 Dann fällt sofort auf, wenn ein Konzern seine Umsätze in Deutschland erzielt, aber seine
474 Gewinne in einen Steuersumpf verschiebt, um darauf möglichst wenig Steuern zu zahlen.
475 Transparenz ist eines der wirksamsten Mittel gegen Steuervermeidung. Die deutsche
476 Bundesregierung und Finanzminister Scholz blockieren diese Transparenz aber in Europa.
477 Dadurch ermöglichen sie Großunternehmen die Steuervermeidung erst.

478 *Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen*

479 Mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses und der Einführung eines internationalen
480 automatischen Informationsaustauschs wurde ein entscheidender Sieg gegen Steuerhinterziehung
481 erzielt. Auch das Transparenzregister der EU für Unternehmen ist ein großer grüner Erfolg
482 gegen kriminelle Geldgeschäfte. Doch selbst in Deutschland hapert die Umsetzung. Die
483 Eigentümer vieler Unternehmen sind immer noch nicht transparent. Gerade Immobilien müssten
484 der Spekulation durch kriminelles Geld europaweit entzogen werden.

485 Die EU-Kommission schätzt, dass Europas ehrliche Steuerzahler*innen jedes Jahr um mindestens
486 50 Milliarden Euro durch Steuerbetrüger bei der Mehrwertsteuer geprellt werden. Die
487 Kommission hat einen Plan für ein einheitliches Mehrwertsteuergebiet in der EU vorgelegt,
488 der den Kriminellen das Handwerk legen soll. Die Bundesregierung blockiert auch hier in
489 Brüssel einen Fortschritt. Wir unterstützen das Ziel der Kommission.

490 Die bestehende schwarze Liste für Steueroasen in der EU ist ein erster Schritt. Wichtige
491 Steueroasen fehlen jedoch auf der Liste. Andere Staaten konnten schon mit vagen Zusagen
492 erreichen, dass sie wieder von der Liste gestrichen werden. Die Umsetzung muss nun strikt
493 überwacht werden. Die Erstellung der Liste ist komplett intransparent und lässt die
494 politische Bevorteilung einzelner Staaten vermuten. Wir wollen eine echte schwarze Liste mit
495 klaren Kriterien statt Absprachen im Hinterzimmer. Ein Eintrag auf der Liste muss
496 Konsequenzen haben. Banken, Kanzleien und Unternehmen dürfen dann keine Geschäfte in diesen
497 Ländern mehr machen, und Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden.

498 Unser Ziel ist es, dass korrupte Individuen und ihr Kapital sich in der EU nicht länger
499 verstecken können. Beim Kauf von teuren Wohnungen, Luxusautos, Yachten und dergleichen soll
500 wie in Großbritannien kontrolliert werden können, ob das Vermögen auf legalem Weg erworben
501 wurde. Die EU sollte öfter Sanktionen gegen korrupte Individuen aus Drittstaaten verhängen
502 und ihnen die Einreise und den Aufenthalt in der EU verweigern. Aufenthaltsgenehmigungen und
503 Staatsbürgerschaften sollten die Mitgliedsstaaten nach fairen Verfahren vergeben und nicht
504 als "Goldene Visas" an Kriminelle verkauft werden können.

505 *Europa handlungsfähig machen*

506 Die Einstimmigkeit in Steuerfragen verhindert, dass die EU gegen Steuervermeidung vorgeht.
507 Ein einzelnes Land, das das Geschäftsmodell Steuersumpf betreibt, kann Fortschritte
508 verhindern. Um diese Blockade aufzubrechen, müssen andere Mitgliedstaaten vorangehen, damit

509 sich die Verlagerung von Gewinnen für die Unternehmen nicht mehr lohnt. Damit wird das
510 Geschäftsmodell auch für die Staaten unattraktiv.

511 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 512 • den Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerdumping und Geldwäsche,
- 513 • eine EU, in der korrupte Individuen und ihr Kapital nicht länger willkommen sind
- 514 • eine gemeinsame europäische Unternehmensmindestbesteuerung.

515 **2.5 Wettbewerb fair gestalten**

516 Wettbewerb ist die tragende Säule der Marktwirtschaft und Motor für Innovationen. Fehlt der
517 Wettbewerb, können Monopolisten hohe Gewinne auf Kosten der Verbraucher machen und
518 technische und soziale Innovationen behindern. Um das zu verhindern, braucht es einen fairen
519 Wettbewerb und eine Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Dafür ist es auch notwendig,
520 bestehende Monopole zu zerschlagen.

521 Mit der Globalisierung schaffen globale Konzernfusionen, wie jene von Bayer und Monsanto,
522 eine noch größere Marktbeherrschung mit zahlreichen negativen Auswirkungen. Unternehmen
523 agieren zunehmend branchenübergreifend – Volkswagen ist nicht nur einer der größten
524 Autokonzerne, sondern auch eine Bank, und Amazon ist nicht nur ein Onlinehändler, sondern
525 auch ein Medienunternehmen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den Anforderungen des
526 21. Jahrhunderts gerecht wird, fordern wir ein eigenständiges europäisches Kartellamt mit
527 angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt soll auch als europäische
528 Digitalaufsicht fungieren. Die Marktmacht der großen Digitalkonzerne wollen wir so gemeinsam
529 kontrollieren und begrenzen. Wir möchten, dass das europäische Wettbewerbsrecht bei
530 außereuropäischen Fusionen auch die Auswirkungen auf den globalen Markt ins Auge fasst und
531 sich nicht nur auf den europäischen Markt beschränkt.

532 Wir wollen erreichen, dass bei der Kontrolle von Fusionen auch wettbewerbsfremde Faktoren
533 berücksichtigt werden. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist nicht nur für den Wettbewerb
534 problematisch. Sie hat auch negative Auswirkungen auf den Umweltschutz. Heute aber muss man
535 Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen, dass sie diese missbrauchen.
536 Das ist in der Regel nicht zu beweisen. Wir treten daher dafür ein, dass man Unternehmen
537 auch unabhängig von einem nachgewiesenen Missbrauch aufspalten kann, wenn ihre Marktmacht zu
538 groß wird.

539 Digitale Geschäftsmodelle und die sogenannte Plattformökonomie stellen uns vor neue
540 Herausforderungen. Google und Facebook beherrschen den Markt für Onlinewerbung und können
541 kleinen Unternehmen die Bedingungen diktieren. Amazon kann hohe Gebühren von kleinen
542 Unternehmen verlangen, die gezwungen sind, ihre Produkte auf der Plattform anzubieten, um
543 Käufer*innen zu finden. Wir wollen diese Unternehmen streng regulieren. Wenn sie anderen
544 Firmen den Zugang zu ihren Plattformen verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen
545 die Wettbewerbswächter*innen dagegen vorgehen. Vermietungs-Plattformen für Ferienwohnungen wie
546 Airbnb unterlaufen gesetzliche Regulierungen der Städte und Bundesländer und berufen sich
547 dabei auf die Regeln des Europäischen Binnenmarktes. Gegen die Städte, die versuchen,
548 Wohnraum vor Spekulation zu schützen, haben diese Plattformen sogar Beschwerde bei der EU-
549 Kommission eingelegt. Es kann nicht sein, dass diese Online-Plattformen die
550 Entscheidungsmacht der Städte und Bundesländer aushebeln. Die EU-Kommission ist gefordert,
551 sicherzustellen, dass diese Plattformen bei der Regulierung von Ferienwohnungen endlich
552 mitwirken müssen.

553 Facebook hat als soziales Netzwerk ein Monopol geschaffen. Kein anderes Unternehmen kann
554 erfolgreich ein soziales Netzwerk betreiben, weil es davon lebt, dass viele andere Menschen

555 es ebenfalls nutzen. Mit dem Zukauf von Instagram und WhatsApp hat Facebook seine
556 Monopolstellung ausgeweitet. Um für mehr Wettbewerb zu sorgen, wollen wir diese Unternehmen
557 wieder aufspalten. Wer von Facebook zu einem anderen sozialen Netzwerk wechseln will, muss
558 zudem seine Daten einfach und schnell mitnehmen können.

559 Die Lohnungleichheit ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Gesamt-EU
560 beträchtlich. Extrem ungleiche materielle Verhältnisse sind eine Mitursache für Populismus,
561 Autoritarismus und für soziale Unruhe. Neben Lohndumping- und Steuerbetrugsverhinderung
562 fordern wir daher die Prüfung eines verbindlichen maximalen Abstands zwischen dem höchsten
563 und niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen. Dafür möchten wir eine vielfältig besetzte
564 Kommission einsetzen.

565 Neben der Verhinderung von Monopolismus bedeutet fairer Wettbewerb aber auch, sich nicht
566 durch Niedriglöhne und Sozialabbau Wettbewerbsvorteile auf Kosten anderer zu verschaffen.
567 Gerade Deutschland hat dieses Wettbewerbsmodell in den letzten Jahren auf Kosten des eigenen
568 sozialen Zusammenhalts wie auch seiner europäischen Nachbarn betrieben. Es ist nicht zuletzt
569 auch solche Politik, die Menschen in die Fänge nationalistischer Scheinalternativen treibt.
570 Stattdessen brauchen wir dringend echte Alternativen, die Europa als solidarische
571 Sozialunion definieren: als eine Gemeinschaft, die sich geschlossen gegen das ökonomische
572 Auspielen des einen gegen den anderen stellt.

573 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 574 • ein starkes europäisches Kartellamt,
- 575 • die Kontrolle digitaler Marktmacht,
- 576 • die Zerschlagung des Facebook-Imperiums.
- 577 • eine Kommission, die die europaweite Einführung eines maximalen Abstands zwischen dem
578 höchsten und dem niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen prüft ("Lohnhebel")

579 **2.6 Soziale Sicherheit garantieren**

580 Wir stehen für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche Chancen
581 haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Derzeit ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Es
582 bestehen weitreichende wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt. Gemeinsame Arbeits- und
583 Sozialstandards sind hingegen unterentwickelt. Deshalb wird die EU häufig als Bedrohung für
584 soziale Sicherheit gesehen. Zu Unrecht. Tatsächlich ist es so, dass die Nationalstaaten die
585 Kompetenz für die sozialen Sicherungssysteme wie Rente, Gesundheit, Pflege oder
586 Grundsicherung haben. Doch an einer Stelle kann die europäische Ebene schon heute handeln:
587 Sie kann gemeinsame Mindeststandards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten sozial
588 absichern.

589 *Soziale Grundrechte für Europas Bürger*innen garantieren*

590 In der EU sollten alle Menschen ein würdevolles Leben führen können. Deshalb ist die
591 Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell. Verlässliche
592 soziale Rechte sind die Voraussetzung dafür, dass Binnenmarkt und Währungsunion im Interesse
593 der Menschen wirken. Die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte
594 müssen als Grundrechte aller EU-Bürger*innen gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem
595 Europäischen Gerichtshof einklagbar sein. So können zum Beispiel Arbeitslose, denen das
596 Recht auf Vermittlung in Arbeit verweigert wird, sich dagegen zur Wehr setzen.
597 Arbeitnehmer*innen, die keinen angemessenen Urlaub oder Ruhepausen bekommen, erhalten
598 Beistand von der EU. Und Bürger*innen können gegen ihr Land klagen, wenn ihnen aufgrund
599 eines miserablen nationalen Gesundheitssystems das in der EU-Grundrechtecharta verbriefte

600 Recht auf medizinische Versorgung verwehrt wird. So wird die Europäische Union zu einem
601 Garanten für soziale Rechte.

602 Wir fordern außerdem, dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den
603 Arbeitnehmer*innenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den
604 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts wie beispielsweise der Dienstleistungsfreiheit.
605 Damit der Europäische Gerichtshof bei Entscheidungen zum Binnenmarkt Arbeitnehmerrechte
606 nicht den wirtschaftlichen Freiheiten unterordnet, müssen die entsprechenden Gesetze
607 angepasst werden.

608 *Betriebliche Mitbestimmung in ganz Europa sichern*

609 Die Freizügigkeit in Europa darf nicht dazu führen, dass Unternehmen dort ihren Firmensitz
610 einrichten, wo die niedrigsten Standards in der Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen gelten.
611 Deshalb wollen wir die europäischen Betriebsräte und ihre Mitbestimmungsrechte stärken und
612 beispielsweise eine Parität von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen an Entscheidungen
613 in allen Unternehmen mit mehr als 1000 Angestellten über die Grenzen der Mitgliedsstaaten
614 hinweg nach dem Vorbild Sloweniens durchsetzen. Wir wollen starke europäische
615 Gewerkschaften. Grünes Ziel ist darüber hinaus, dass die freie gewerkschaftliche Betätigung
616 entsprechend der Kernarbeitsnormen der ILO in allen Unternehmen in Europa garantiert wird.

617 *Soziale Mindeststandards in ganz Europa*

618 Allen Menschen in Europa wollen wir ein würdevolles Existenzminimum garantieren. Dafür
619 braucht es einen europäischen Rahmen für eine Grundsicherung in allen Mitgliedstaaten. Die
620 EU muss gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten wirkungsvolle Maßnahmen gegen Kinderarmut
621 entwickeln. Wir wollen, dass kein Kind in der EU in Armut leben muss. Wir machen uns stark
622 für eine europäische Grundsicherungs-Richtlinie, die soziale Mindeststandards für jedes Land
623 festlegt, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation. Die Mitgliedstaaten sind
624 natürlich angehalten, höhere Standards zu behalten oder neu zu schaffen. Das Gleiche gilt
625 für die nationalen Gesundheitssysteme. Auch hier braucht es einen Mindestversorgungsstandard
626 in allen Ländern. Jede*r Europäer*in muss sich darauf verlassen können, bei Krankheit oder
627 Pflegebedürftigkeit gut versorgt zu werden; der Ausschluss von Bevölkerungsgruppen vom
628 Zugang zum Gesundheitswesen ist deshalb zu sanktionieren.

629 Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge
630 nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.
631 Europäischen Austausch und Transparenz zu Best-Practice-Modellen in den Bereichen
632 Gesundheitsversorgung und Pflege wollen wir fördern.

633 Medizinische Studien müssen die Gesundheit schützen, geschlechtsspezifische Unterschiede
634 berücksichtigen und transparent sein. Wir streben mehr unabhängige Forschung zu Versorgung
635 und Produkten sowie strengere Regelungen für den Patientenschutz und gegen die einseitige
636 Einflussnahme der Pharma- und Medizinprodukteindustrie an. Vor dem Hintergrund
637 verunreinigter Arzneimittel sind Funktion und Arbeitsweise der europäischen und nationalen
638 Arzneimittelaufsichtsorgane dringend zu verbessern.

639 Auch bei der Altersvorsorge kann Europa Standards setzen. Die Kommission hat zum Beispiel
640 einen Vorschlag für ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP) gemacht. Leider
641 hat sich die Kommission dabei zu sehr von der Lobby der Lebensversicherer leiten lassen,
642 anstatt einen Vorschlag in Anlehnung an eines der besten privaten Altersvorsorgeprodukt in
643 Europa, nämlich die schwedische „Premium Pension“ zu entwickeln. In Schweden können alle
644 Bürgerinnen und Bürger einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens in einen staatlichen
645 Pensionsfonds einzahlen, der einerseits fast ohne Gebühren auskommt und andererseits dank
646 seiner Anlagestrategie auch eine besonders hohe Rendite erwirtschaftet. Wir wollen, dass
647 auch die Menschen außerhalb Schwedens ihre private Altersvorsorge mit einem solchen

648 Bürgerfonds durchführen können. Daher soll Europa einen solchen Bürgerfonds in Anlehnung an
649 dieses seit über fast zwanzig Jahren erprobte Konzept einführen.

650 Wir benötigen in Europa eine bezahlbare und nachhaltige Energie. Energieeffizienzmaßnahmen
651 und die Energiewende dürfen Menschen nicht aus ihren Wohnungen treiben. Deshalb müssen diese
652 Maßnahmen sozial flankiert werden, damit das Wohnen für alle bezahlbar bleibt.

653 Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine der großen gesamteuropäischen Aufgaben.
654 Es wird in den nächsten Jahrzehnten mehr Pflegebedürftige und an Demenz erkrankte Menschen
655 geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein selbstbestimmtes und aktives Leben in Würde zu
656 ermöglichen. Dafür benötigen wir in Europa gemeinsame Anstrengungen zur Pflegepolitik, bei
657 denen auch Themen wie neue Wohn- und Pflegeformen, Einhaltung der UN-
658 Behindertenrechtskonvention, Entlastung der familiären Pflege sowie der Fachkräftebedarf in
659 den Mittelpunkt gerückt werden. Schon heute wird die Pflegearbeit zu einem erheblichen Teil
660 durch Arbeitsmigration innerhalb der Union und aus Drittstaaten bewältigt. Pflegekräfte und
661 Kräfte, die die häusliche Pflege unterstützen, müssen vor Ausbeutung geschützt und fair
662 entlohnt werden. Die Abwerbung von Pflegekräften darf nicht dazu führen, dass der
663 Pflegekräftemangel in ärmere Mitgliedstaaten exportiert wird. Dies gilt auch für die
664 Abwerbung von Ärzt*innen, die keine Verschlechterung der medizinischen Versorgung in diesen
665 Ländern bedingen darf. Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe und Rückstände in
666 Trinkwasser und Nahrungsmitteln bedrohen die menschliche Gesundheit. Wir setzen uns dafür
667 ein, dass das Vorsorgeprinzip in allen Bereichen, die die menschliche Gesundheit betreffen,
668 uneingeschränkt zur Anwendung gelangt.

669 Prävention statt Repression - Cannabis europaweit legalisieren

670 Wir setzen uns ein für eine europäische Drogenpolitik, die auf Prävention statt Repression
671 setzt sowie auf Hilfe und Entkriminalisierung statt Verbote. Anstelle der gescheiterten
672 Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken
673 orientierte Regulierung von Drogen. Dazu gehört für uns zum Beispiel die europaweite
674 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis. Pauschale Verbote neuer psychoaktiver
675 Substanzen lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir Zulassungsverfahren auf der Grundlage von
676 Risikobewertungen und einem strengen Jugend- und Verbraucherschutz.

677 Die Europäische Union soll dazu beitragen, dass überall in Europa ein gut ausgebautes
678 Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchtgefährdeten Menschen
679 besteht. Erfolgreiche Ansätze wie Inhaltsstoff-Analysen illegaler Drogen (Drugchecking),
680 Substitutionsprogramme, Konsumräume und Programme zur Originalstoffabgabe und andere
681 Maßnahmen zur Schadensminimierung in allen EU-Mitgliedsländern verfügbar gemacht werden.

682 Wir wollen, dass die Hersteller und Anbieter von gesundheitsgefährdenden Produkten stärker
683 verpflichtet werden, Jugend- und Verbraucherschutz sicherzustellen. Bei der Tabakprävention
684 hat die EU durch Warnhinweise und andere Maßnahmen neue Maßstäbe gesetzt. Dies hat zu einem
685 Rückgang des Tabakkonsums etwa bei Jugendlichen in Deutschland beigetragen.
686 Gesundheitsgefährdende Marketingstrategien der Alkohol- und Tabakindustrie wollen wir in
687 Europa konsequent zurückdrängen. Dazu gehört, dass Außenwerbung und Kinowerbung für Drogen
688 komplett abgeschafft wird. Wir setzen uns für eine Angleichung der Besteuerung von
689 Tabakerhitzen und Zigaretten sowie höhere Mindeststeuern und eine einheitliche Besteuerung
690 alkoholischer Produkte ein. Auch Marketingstrategien für Medikamente müssen kritisch
691 überprüft werden.

692 Zudem fordern wir eine europaweite Strategie zur wirksamen Prävention von nicht
693 substanzgebundenen Abhängigkeitserkrankungen wie beispielsweise der Spielsucht oder dem
694 problematischen Konsum einzelner Internetanwendungen. Ihnen muss z. B. mit Hinweisen zum
695 sachgerechten Umgang und Maßnahmen zur Steigerung der Medienkompetenz begegnet werden. Bei

696 allen Maßnahmen ist zudem die Selbstbestimmung der Menschen zu respektieren, anstatt sie zu
697 entrechten oder zu kriminalisieren.

698 *Mindestlöhne in ganz Europa – gleicher Lohn für gleiche Arbeit*

699 Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Die Mindestlöhne, die in den EU-
700 Mitgliedstaaten derzeit gezahlt werden, variieren jedoch stark, und nicht alle
701 Mitgliedsländer haben einen Mindestlohn. Um Lohndumping in der EU zu Lasten aller
702 Arbeitnehmer*innen zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohn-Richtlinie ein,
703 die allen Arbeitnehmer*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen
704 Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert. Damit leisten die Arbeitgeber*innen auch
705 einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU. Außerdem fordern wir
706 konkrete Maßnahmen gegen die geschlechterspezifische Entgelt-Ungleichheit (Gender Pay Gap),
707 wie beispielsweise die Einführung einer europäischen Entgelttransparenzrichtlinie.

708 Viele Arbeiter*innen aus Osteuropa werden in deutschen Betrieben, z.B. in der
709 Fleischindustrie durch Subunternehmer mittels Werkverträgen zu niedrigen Löhnen und
710 unwürdigen Bedingungen beschäftigt. Osteuropäische Haushaltshilfen müssen häufig rund um die
711 Uhr verfügbar sein.

712 Wir wollen die Einrichtung von Beratungsangeboten in den Heimatländern fördern. Wir wollen
713 die Integrationsangebote, z.B. Sprachkurse, die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds
714 (ESF) finanziert werden auch für Arbeitnehmer*innen aus der EU und deren Angehörige öffnen,
715 dazu zählt die aktive Förderung der Kinder von zugezogenen Arbeitnehmer*innen.

716 Die in der neuen Entsenderichtlinie vorgesehene Regelung, dass Unterbringungsbedingungen für
717 entsandte Arbeitnehmer angemessen und im Einklang mit den nationalen Vorschriften stehen
718 sollen, muss mit einem wirksamen Sanktionsrahmen versehen werden. Die Entsenderichtlinie war
719 ein wichtiger grüner Teilerfolg, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in
720 Europa durchzusetzen. Für die Umsetzung braucht es aber mehr staatliche Kontrollen. Außerdem
721 müssen auch in andere Länder entsandte LKW-Fahrer*innen dringend in die Entsenderichtlinie
722 aufgenommen und umfassend geschützt werden. Bislang sorgen aber Konservative, Liberale und
723 Sozialdemokraten im Europaparlament dafür, dass ihnen soziale Rechte auf angemessene
724 Bezahlung und Ruhepausen weiterhin verwehrt werden.

725 *Diskriminierung am Arbeitsplatz bekämpfen*

726 Alle Europäer*innen haben das Recht auf Gleichbehandlung. Leider ist das für viele Menschen
727 am Arbeitsplatz noch keine Realität. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters,
728 einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder Rasse, der Religion, der sexuellen
729 Orientierung und weiteren Merkmalen ist weiterhin Realität. Die EU hat im Kampf gegen
730 unfaire Behandlung bereits viel erreicht. Wir stehen für einen weiteren Ausbau von
731 Initiativen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, um allen Menschen Gleichbehandlung zu
732 garantieren.

733 Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs gegen die Diskriminierung an von
734 Religionsgemeinschaften und anderen Tendenzbetrieben angebotenen Arbeitsplätzen muss in
735 nationales Recht umgesetzt werden.

736 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 737 • einklagbare soziale Grundrechte,
- 738 • eine Grundsicherung für alle Menschen in der EU,
- 739 • europaweite Legalisierung von Cannabis,
- 740 • europaweite Mindestlöhne.

741 **2.7 Mobil arbeiten in Europa: Freizügigkeit sozial ausgestalten**

742 Alle EU-Europäer*innen haben das Recht, sich in der EU frei zu bewegen, ihren Wohn- und
743 Arbeitsort frei zu wählen. Freizügigkeit ist Kern des europäischen Projektes.

744 Das Steuer- und Sozialversicherungsrecht muss so gestaltet werden, dass es mobile
745 Arbeitnehmer*innen stärkt. Eine Arbeitnehmerin, die sich für eine Arbeit in einem anderen
746 Land entscheidet, darf deshalb keine Nachteile erleiden. Bestehende Versicherungslücken für
747 Grenzpendler*innen müssen geschlossen werden. Die Anerkennung von Bildungs- und
748 Berufsabschlüssen innerhalb Europas muss weiter verbessert werden. Gleiches gilt auch für
749 die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Noch immer ist es oftmals schwer,
750 bürokratisch und langwierig im Nicht-EU-Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifizierungen
751 anerkennen zu lassen. Daher wollen wir die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit auch für
752 Migrant*innen aus Drittstaaten innerhalb der EU stärken.

753 Wir wollen die Beratung von Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Mitgliedstaaten vor Ort
754 verbessern und die EU-Beratungsstellen ausbauen. So bauen wir Hürden für Mobilität in Europa
755 ab.

756 Wir unterstützen die neue europäische Arbeitsbehörde, um sicherzustellen, dass
757 grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer gleiche Rechte in allen EU-Ländern haben. Nationale
758 Behörden müssen hier mit der neuen Arbeitsbehörde kooperieren. Arbeitnehmer*innen brauchen
759 Stärkung bei der Ausübung der Freizügigkeit und auch bei der Durchsetzung ihrer sozialen
760 Grundrechte - dazu gehört auch der Schutz vor sexualisierter Gewalt. Eine europäische statt
761 nationale Sozialversicherungsnummer muss folgen, damit, wer grenzüberschreitend arbeitet,
762 unkompliziert soziale Sicherheit und hinterher seine Rente genießen kann. Ein EU-
763 Sozialversicherungsregister ist folgerichtig, um Sozialdumping das Handwerk zu legen.

764 Die Mobilität von LSBTIQ* Menschen ist in besonderen Maßen eingeschränkt. In den meisten
765 Mitgliedsstaaten werden ihre Ehen und Lebenspartnerschaften zwar anerkannt, aber in einigen
766 Staaten auch weiterhin nicht. Regenbogenfamilien müssen sich vor Antritt einer Reise immer
767 fragen, ob sie als Eltern ihrer Kinder in einem anderen Mitgliedstaat rechtlich anerkannt
768 sind. Das darf nicht sein. Regenbogenfamilien, Lebenspartnerschaften und
769 gleichgeschlechtliche Ehen müssen europaweit anerkannt werden. Dazu gehört die Anerkennung
770 von Geburtsurkunden, Adoptionen und Pflegekindvereinbarungen oder anderen Dokumenten, die
771 den Familienstatus betreffen.

772 Die besondere Stärke der EU ist, dass Arbeitnehmer*innen, die in Europa mobil sind, ihre in
773 einem Land erworbenen Ansprüche nicht verlieren, sondern mitnehmen können. Eine
774 Arbeitnehmerin, die sich in Österreich eine Rente erarbeitet hat, kann ihren Ruhestand auch
775 in Schweden verbringen. Wir wollen, dass dies auch für Betriebsrenten uneingeschränkt gilt.

776 Dass die EU sicherstellt, dass Arbeitnehmer nicht aufgrund ihrer Nationalität diskriminiert
777 werden, ist Ausdruck des gemeinsamen Wertekanons und zugleich eine essenzielle Maßnahme
778 gegen Sozialdumping. Umso unverständlicher ist es, dass gerade in diesem Zusammenhang in
779 Deutschland immer wieder die Debatte über das Kindergeld vom Zaun gebrochen wird. Kindergeld
780 erhalten in Deutschland alle Arbeitnehmer*innen, die arbeiten und Steuern zahlen.
781 Das soll auch so bleiben. Es gibt zwar Fälle von Missbrauch durch Einzelne, allerdings ist
782 dies kein Grund das komplette System in Frage zu stellen.

783 Ein evtl. Missbrauch der Kindergeldregelungen darf jedoch nicht dazu führen, dass alle
784 Unionsbürger*innen in Mithaftung genommen werden, die einfach nur ihr Recht auf
785 Freizügigkeit wahrnehmen. Zumal das ja auch heißen würde, wenn es für Kinder im Ausland
786 weniger Geld gäbe, dass das auch für das deutsche Kind gelten müsste, das zum Beispiel in
787 Krakau studiert.

788 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 789 • einen einfacheren Arbeitsplatzwechsel in andere EU-Länder,
- 790 • Freizügigkeit mit Schutz für Arbeitnehmer*innen in Europa.